

# Die Ameise.

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Verbandes der  
Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin 80., Engelufer 15 II.

Nr. 34.

Berlin, den 24. August 1900.

27. Jahrg.

## Bildung und Wohlfahrt.

„Bildung! Wie schön ist das Wort“ — so ruft F. A. Lange in seiner „Arbeiterfrage“. — „Es bezeichnet eines der höchsten Güter, nach welchen wir streben können, wenn es nicht die höchsten alle in sich schließt.“ Die Bildung ist nicht Zweck, sie ist Mittel, erst sie führt zur wahren Wohlfahrt des Menschen, sowohl im Einzelnen, als im ganzen großen Gesellschaftsverbande. — „Die große Arbeit der Gegenwart — sagt ein hervorragender Sozialpolitiker — für Jedermann und jede Vereinigung von Menschen, welche die sozialen Verhältnisse bessern will, ist die Arbeit der Bildung. — Die Ausbreitung der Ideen! Alles andere kann nur in soweit nützen, als es dazu behülflich ist. — An dieser Arbeit kann jeder Denkende teilnehmen — zunächst dadurch, daß er sich selbst klare Ideen bildet und dann dadurch, daß er das Denken derer, mit denen er in Beziehung kommt, erweckt. — Allerdings, was man heute unter dem Begriff „Bildung“ im Allgemeinen versteht, ist kaum dazu angethan, seinem eigentlichen Zwecke zu dienen. Allerhand geckenhafte Manieren und papageierartig einstudirte Formeln und Sätze, das sind im gewöhnlichen Leben die Attribute der gebildet sein Wollenden, welche jedoch für die Allgemeinheit, sowie für die eigene Person wenig Nutzen bieten. — Eine solche Art von Bildung verfehlt nicht nur ihren Zweck, sondern sie widerspricht auch dem eigentlichen Prinzip, welches dem allgemeinen Bildungstriebe zu Grunde liegt, dem Prinzip der Stoffe und Formbildung. Bildung — das Wort bezieht sich danach auf die durch Erziehung und Unterricht bedingte geistige Entwicklung des Menschen. — Das selbe ist zwar ein bevorzugtes Schlagwort unserer Zeit, sein Sinn ist aber sehr vieldeutig geworden und hat sich wie das Gepräge einer abgegriffenen Münze verwischt, infolgedessen man einen äußerlich angenommenen Schiffs sehr häufig mit wirklicher Bildung verwechselt — zur wirklichen Bildung gehört die Bildung des Verstandes u. des Gemüths, d. h. des Gefühls und des Willens. — Durch Leidenschaft und Unwissenheit können wir

unsere Empfindungen unsere Gefühle täuschen; die Ausbildung des Willens, des Verstandes, bewahrt uns vor solchen Täuschungen. Die wahre Bildung lehrt uns, was Recht und Unrecht sei, sie lehrt uns ferner: Anderen nichts Böses zu thun, damit uns nichts Böses widerfährt: sie lehrt uns aber auch die Waffen, welche sie uns liefert, zu gebrauchen und wirksam gegen unseren Feind zu führen, ohne gegen das Gesetz zu verstossen. — Der wirklich Gebildete verlegt nicht das Gesetz, weil er sich vor irgend welcher Strafe fürchtet, die ihn hier oder nach dem Tode treffen könnte, sondern einfach, weil das Gefühl für Recht und Unrecht in ihm Fleisch und Blut geworden ist. — Je ausgebildeter der Verstand eines Menschen ist, desto weniger wird er selbst der Versuchung ausgesetzt sein, ein Verbrechen zu begehen und durch ein Befördern der Mittel, welche die Bildung erzeugen, würde auch die Regierung am Besten dazu gelangen, in Bezug auf die zur Erreichung des vernünftigen Staatszwecks nöthigen Gesetze einen Zustand herzustellen, wie er bereits faktisch in Bezug auf die Anstandsgesetze besteht.“ — (Gorlin) „Bildung macht nicht nur frei“, wie man im Allgemeinen sagt, sondern Bildung führt auch zur Pflicht, das Pflichtbewußtsein ist eins der ersten Attribute wahrer Bildung. — Je höher der Mensch in der Bildung steht, je mehr ist er sich seiner Pflicht gegen sich und Andere bewußt. — Aber noch einen anderen Werth hat die Bildung, hat eine richtige Welt und Lebensanschauung; sie behütet den Menschen vor Verlegenheiten, welche er sich selbst durch seine Unbildung, seine Unvernunft und Unverstand zuziehen kann. — Die Ausbildung des Verstandes und die Einschränkung unserer Leidenschaften sind darum zwei notwendige Bedingungen, welche unmittelbar aus den Trieben zur Selbsterhaltung hervorgehen. — Die Erziehung in diesem Sinne ist darum eine unumgängliche Nothwendigkeit für die geistige Entwicklung des Menschen. Lawrence Gronland sagt: „der genossenschaftliche Wohlfahrtsstaat“ erachtet die Erziehung in Bezug auf die Bildung, als den wahren Ausgangspunkt zur neuen Ordnung.“ Er legt auch deshalb an den Schulunterricht und an

die Erziehung der Jugend einen sehr hohen Maßstab und beansprucht dazu die allertüchtigsten Lehrkräfte, die ausgiebigsten Lehrmittel und die volle Unentgeltlichkeit allen und jeden Unterrichts. Jedem Kinde soll in diesem Staate dieselbe gute Erziehung zu Theil werden; es soll dabei ganz besonders auf seine natürliche Begabung, auf seine Meinungen Bedacht genommen werden, damit jedes sich offenbarende Talent gepflegt werden kann — denn „das Kind gehört nicht nur den Eltern, sondern auch der Gesellschaft.“ — „Diese hat eigentlich ein um so größeres Interesse an der sorgsamsten Erziehung der Kinder, als diese nach dem Ableben der Eltern, dem Staat zu erhalten, weiterzufördern und immermehr zu vervollkommen berufen sind.“ Heute gilt das Ziel der Erziehung, das Individuum zu befähigen, den Kampf ums Dasein gegen seinen Nächsten mit bestem Erfolge durchzuführen. In einem Wohlfahrtsstaate, wie ihn Gronland schildert, wird dies Ziel in so fern eine Aenderung erleiden, als es sich dann nur um einen Kampf gegen die Natur und in Uebereinstimmung mit dem Nächsten handeln wird, dazu tritt aber noch die Aufgabe, wie die für die in der Gesellschaft ausübenden Funktionen am besten zu erfüllen sind. — Die größte Wirkung solcher gemeinsamen Erziehung zur allgemeinen Bildung aber wird das Gefühl der gemeinsamen Pflicht sein. Will man vielleicht leugnen, daß wir schon heute, trotz des materiellen Geistes unserer Zeit, Leute haben, denen das Pflichtbewußtsein aber alles geht? — Das sind die Resultate der Bildung und des Ordnungssinnes: Erziehungsresultate, nicht etwa angeborene Anlagen durch Naturbevorzugung und dasselbe sollte man bei geeigneten Maßnahmen, nicht bei allen, oder doch den meisten Menschen erreichen können? — Allerdings, gewisse Bedingungen sind erforderlich, wenn das geistige Leben einer Bevölkerung sich genügend entfalten, Bildung sich überall und allgemein verbreiten soll. — Zunächst muß die materielle Existenz hinreichend gesichert sein, dann aber muß die nöthige Zeit und die Gelegenheit vorhanden sein für geistige Entwicklung. — Die volle Wirkung der Weisheit kann sich nur

da, entfallen, wo der ganze Mensch Licht, Luft und Raum sich auszuwachsen findet, niemals da, wo er ein schwerbedrücktes, verkümmertes, elendes Dasein führt. — Je mehr ein Mensch durch schwere, unerquickliche Arbeit bei langer Arbeitszeit überbürdet ist, je weniger wird er seine kurze Erholungszeit ernstem Bildungszwecken widmen. — Das wissen denn auch unsere Gegner, und der Radikalismus ihrer geistabtötenden Methode besteht darin, daß man die Zeit, die man zur Gewinnung physischer Kraft gebraucht, nicht gleichzeitig zur Anspannung geistiger Kräfte verwenden kann.

Aber angesichts der fortwährenden Steigerung der Maschinenteknik zc. wird auch die Industrie immer mehr auf die großen Massen ungebildeter Arbeiter verzichten müssen und für gewisse Berufszwecke geschulte Arbeiter heranzubilden müssen. Es wird auf Schule und Bildung ein immer höherer Werth gelegt werden müssen, Schule und Bildung wird man sich gewöhnen müssen als die Träger der Kultur zu betrachten, mögen die reaktionären Elemente es noch so schmerzlich empfinden, es ist dies der einzige Preis, um den sie ihre eigene Existenz, ihre Sicherheit erkaufen können. — Sie sträuben sich allerdings und zwar aus erklärlichen Gründen: Bildung hat die gefährliche Aufklärung im Gefolge und ein gebildeter, aufgeklärter Arbeiterstand sträubt sich gegen Vergewaltigung, denn die Bildung ist ein widerspenstiges Ding, welches sich gegen brutale Gewalt auflehnt. — Diese Herren müssen einsehen lernen, daß der Arbeiter nicht ein bloßer Lohnsklave sei, der zur knappen Befriedigung der nothdürftigen Bedürfnisse sich abmüht. — Sie müssen einsehen lernen, daß mit der Bildung der Ehrgeiz geweckt wird und daß derselbe ein besserer und schönerer Ansporn zur Arbeit ist als der Hunger und das tägliche Bewußtsein, von der Hand in den Mund zu leben.

Die Bildung aber ist es, die nicht nur dem Kapitalisten zu Gute kommt, sondern auch dem Arbeiter; sie soll demselben eine bessere Lebenshaltung schaffen, sie soll dem Arbeiter und damit die ganze moderne Gesellschaft auf eine höhere Kulturstufe heben und die Lösung der sozialen Frage herbeiführen. — Die Bildung führt zum Pflichtbewußtsein, welches für eine allseitige Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse von hoher Bedeutung ist, aber sie führt in letzter Linie auch zum wahren Lebensgenuß, darum ist es Bildung, welche wir für Alle fordern, so gut wie das gesicherte tägliche Brod und eine behagliche Existenz. — Zu einem menschenwürdigen Dasein gehört die Forderung auch den Geist zu sättigen, nicht nur den Magen, auch der menschliche Geist verlangt seine Nahrung aus dem reichen Vorn der Wissenschaft, nicht minder als der Kadaver. Bildung führt zur Pflicht, zur Thätigkeit und zur Arbeit für die Interessen der gesamten menschlichen Gesellschaft; Bildung macht aber auch frei, denn der gebildete Mensch braucht keine Peitsche. Bildung führt zur Wohlfahrt.

### Amtlicher Theil.

#### Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts, werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro II. Quartal 1900 aufgefordert:

Adorf, Berlin II, Barmen, Biberach, Coburg, Gräfenhal, Großbrettenbach, Grunstadt, Hirschau, Hirschberg, Kamenz, Kloster-Wehra, Mansbach, Martzroba, Moschendorf, Oberkötzig, Plau, Pötschappel, Saargemünd,

Sigendorf, Suhl, Schwarzenbach, Staffel, Tettau, Unterweißbach, Walbsaffen, Weiden.  
W. Herden, Verbandskassierer.

### 6. Vorstandssitzung vom 7. 8. 1900.

Wollmann auf Reisen; an der Sitzung nehmen Theil: der Redakteur, von den Revisoren Poeseneder. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der stellvertretende Vorsitzende dem verstorbenen Genossen Liebknecht ehrende Worte der Anerkennung für dessen Verdienste für die Arbeitersache; das Andenken desselben wird durch Erheben von den Plätzen geehrt; gleichzeitig wird beschlossen, einen Kranz am Grabe desselben niederlegen zu lassen. Der Vorstand verpflichtet sich an der Beerdigungsfeste in corpore zu theilnehmen; als Kranzdeputation werden die beiden Vorsitzenden bestimmt. — Ein Schreiben des Gen. Wollmann wird zur Kenntniß gebracht, woraus hervorgeht, daß der Ausstand in Burgstädt unvermeidlich war. — Zur Unterstützungsfrage der an der Differenz in Mannheim theilhaftigen Mitglieder wird nochmalige Recherche beschlossen. — Bericht über drohende Differenzen in Weiskammer, Firma A. Schweig, wird zur Kenntniß genommen; Beschlussfassung wird bis nach Eingang des Differenzformulars vertagt. — Die Entlassung des Mitglieds 4411 Rheinsberg veranlaßt den Vorstand, den Schriftführer nach dort zu delegieren, um sich durch persönliche Information davon zu überzeugen, ob es möglich ist, die Zahlstelle dafür zu gewinnen, für genanntes Mitglied solidarisch einzustehen, eventuell weiteren Maßnahmen vorzubeugen. — Von einem Bericht über Verhältnisse bei Abicht u. Co. in Jlimenau wird vorläufig Notiz genommen; Beschlussfassung wird vertagt bis Formular eingelangt ist. — Ein an die Redaktion der „Ameise“ eingegangener anonymes Brief von Staffel wird unter allgemeiner Heiterkeit verlesen; über das Schreiben selbst wird zur Tagesordnung übergegangen. — In der Rechtschulische Arnold contra Vater, Neuhäus ist das Gutachten des Sachverständigen eingegangen. — Mitglied 22 895 Ohrdruf ist durch Beschluss der Zahlstelle vom Verband ausgeschlossen worden; die Gründe hierzu werden als nicht irrtig anerkannt, der Beschluss selbst als unzulässig erachtet. — Auf Antrag der Zahlstellen wird den Aufnahmegesuchen Köppler, Schäuber und Franzenberg, Gera unter der Bedingung 3jähriger Straffenzzeit zugestimmt. — Aufnahmegesuche von Tiefenfurt werden an die Zahlstellenversammlung zurückverwiesen. — Eine Angelegenheit des Mitglieds 24 586 Gotha wird vertagt.

Bethülfefond. Ein Gesuch des Mitgl. 4570 Neuleiningen, Aufenthaltsveränderung betreffend, wird abgelehnt, nachdem die Zahlstelle selbst dagegen ist. Unterstützung erhalten: Bonn: 12 236, 1970, 21 421, 21 450, 21 768, 18 774, 18 369 vom 3. 8. Gera: 21 866 v. 6. 8. Rahlia: 8788 vom 6. 8. Kolmar: 12314, 26334 v. 6. 8. Kloster-Wehra: 21 810 v. 6. 8. Magdeburg: 17 185, 3464 v. 6. 8. 11 944, 22 779, 8743, 5425 vom 3. 8. 20 775 v. 8. 8. Neuhaldensleben: 20 195 v. 2. 8. Rheinsberg: 4411 vom 6. 8. Staffel: 25 355 vom 30. 7. Tambach: 15 511 vom 6. 8. Tiefenfurt: 7025 vom 23. 7. Unterhans: 16 066, 2141 v. 4. 8.

Fahrtkosten erhalten: Berlin II: 12 389, 780, 21 344, 12 20. Bonn: 18 774, 15 714 je 16,30. 22 208, 13,90, 12 236, 18. — Burgstädt: 16 544, 4,90. Döbeln: 8026, 4,40 (mit Familie). Eisenberg: 1769, 13,40. 16 582 4,70. Gotha: 17 115, 3,20. Sophienau: 9541, 6,60. Unterhans: 18 032, 10,60. Weiden: 17 477, 4,50. Wilda: 22 568, 9,90 (mit Familie). 21 376 5. — (Familie). 18 416, 3,30 Mt. (Familie).

Umzugskosten erhalten: Langewiese: 13 807, 19,15. Uhlstädt: 13 375, 7,20. Wilda: 18 416, 22 568 je 18,80 Mt.

G. Wollmann, J. Schneider, Vorsitzender, Verbandschriftführer.

### 7. Vorstandssitzung vom 14. 8. 1900.

Entschuldigt fehlt Plecht, an der Sitzung nehmen Theil: der Redakteur, als Gast Genosse Kalbfleisch, Rheinsberg. Zahlstelle Burgstädt beantragt die Aufnahmegesuche eines Aufrufs zu freiwilligen Sammlungen im Organ, dem wird stattgegeben unter Hinweis, daß alle Gelder an den Verbandskassierer gesandt werden müssen. — Der Vorsitzende berichtet über seine Reise nach Burgstädt, Gausen, Kloster-Wehra, Güttensteinach und nimmt der Vorstand mit Interesse Kenntniß von den theilweise recht zerfahrenen Verhältnissen in verschiedenen Zahlstellen. — Gotha, Firma Pfeffer, sind Lohnreduzierungen angekündigt und wird beantragt, als Antwort auf das Ansuchen des Unternehmers eine Reihe Forderungen einreichen zu dürfen, eventuell bei Ablehnung der Forderungen die Klagen einbringen. Der Vorstand ist mit diesem Vorgehen einverstanden, sofern sich die Zahlstelle eines Vorstandsvertreters als nothwendig erweist, wird der Vorsitzende dafür bestimmt. — Die Sperre über Eisenberg wird aufgehoben. — Der Schriftführer berichtet über seine Mission in Rheinsberg; der als Gast

anwesende Gen. Kalbfleisch berichtet über eine weitere Maßregelung, welche nach der Abreise des Vorstandsvertreters vorgenommen worden ist und wünscht Berhaltungsmassregeln für die Zahlstelle. Die eigenhändige Haltung Einzelner, sowie das theilweise geringe Verständnis der dortigen Genossen für ihre eigene Lage läßt anscheinend die nothwendige Einigkeit nicht aufkommen, es soll zunächst abgewartet werden, ob die dortigen Mitglieder überhaupt etwas zu unternehmen gedenken; sofern dies der Fall, ist auch der Vorstand bereit, zu unterstützen, (aus den vorangeführten Gründen hält es der Vorstand für nothwendig, über die Firma R. Schanz, Rheinsberg die Sperre zu verhängen; Mitglied 24, August Böker, wird nach § 5, Abs. 3 vom Verband ausgeschlossen. — In Unterstützungsfrage 12 714 Wilda wird Ueberweisung an die Zahlstellenversammlung beschlossen.

G. Wollmann, J. Schneider, Vorsitzender, Verbandschriftführer.

### Das Bureau des Verbandes

befindet sich im Gewerkschaftshaus, Berlin SO., Engelufer 15 II.

An den Verbandskassierer W. Herden, Berlin SO., Engelufer 15, 2 Treppen, Zimmer 14, sind alle Geldsendungen zu adressiren. Und zwar wird ersucht, Zahlungen nicht in Briefmarken, sondern durch Postanweisung zu senden, damit der Kassierer für die Kassenverwaltung in dem Postabschnitt einen Einnahme-Beleg hat. An dieselbe Adresse sind alle Zuschriften zu richten, welche die Kassenverwaltung betreffen: Quartalsabschlüsse und die darauf bezügliche Korrespondenz, An- und Abmeldungen, sowie Ueberstellungen von Mitgliedern nach anderen Zahlstellen, Änderungen in der Beitragshöhe, sowohl im Beihilfefond, als in Bezug auf Arbeitslosen-Unterstützung, Remittirungsgesuche, kurz, alles das, was mit der Kassenverwaltung im Zusammenhang steht. Da das Verbandsorgan allwöchentlich in der den jeweiligen durch den Verbandskassierer festgestellten Mitgliederbestand entsprechenden Anzahl an die Zahlstellen und Mitglieder versandt wird, so ist besonders darauf zu achten, daß Veränderungen des Mitgliederbestandes durch Abreise oder Abmeldung, Streichung zc. stets sofort an die Adresse des Verbandskassierers mitzutheilen sind.

An dieselbe Adresse sind Wünsche nach Verwaltungsmaterialien zu richten, ebenso Bestellungen auf verloren gegangene Quittungsbücher, wobei zu beachten ist, daß ein Duquillet 25 Pf. kostet.

An den Verbandschriftführer Johann Schneider, Berlin SO., Engelufer 15 II, sind alle Zuschriften zu richten, die Bezug auf Differenzfälle, Arbeitslosen-Unterstützung, Fahr- u. Umzugskosten, Rechtschutz haben.

An den Vorsitzenden Georg Wollmann, Berlin SO., Engelufer 15 II, sind alle jene Zuschriften zu richten, die Bezug auf die Organisation und Agitation haben und Beschwerden jeglicher Art über die Geschäftsführung der Bureaubeamten bezw. über geführte Korrespondenz oder den statutarischen Bestimmungen etwa nicht entsprechende Anordnungen.

An den Redakteur Richard Jahn, Berlin SO., Engelufer 15 II, sind endlich alle jene Zuschriften zu adressiren, die entweder Aufnahme in der „Ameise“ finden sollen oder von denen der Redakteur nach seinem Gutdünken Gebrauch machen kann. Dabei ist zu bemerken, daß stets eine Unterschrift beizufügen ist, deren Inhaber auch die event. Verantwortung für das Mitgetheilte übernehmen kann.

Es müssen alle Manuskripte oder Berichte bis spätestens Dienstag Morgen in den Händen des Redakteur R. Jahn sein.

Vom 1. April d. J. ab kosten gewöhnliche Briefe im inneren Verkehr des Reiches, die bis zu 20 Gramm schwer sind (bisher nur 15 Gramm) 10 Pf.

Stets ist darauf zu achten, daß einzelne Mitglieder bei Zuschriften immer ihre Mitgliedsnummer angeben, wenn anders diese Zuschriften nicht ignoriert werden sollen. Bei Geldsendungen und Einschreibesendungen ist stets der Name des betreffenden Empfängers beizufügen, da andernfalls die Post die Sendung nicht ausliefert, sondern zurückgehen läßt.

Die Einzelmitglieder, also jene, die an Orten beschäftigt sind, wo keine Zahlstelle besteht, haben sich immer sofort im eigenen Interesse unter Einsendung ihres Quittungsbuches und der genauen Wohnungsadresse an den Kassierer der Zahlstelle Berlin II: **Karl Munk, Maler, Berlin 36, Reichensbergerstr. 151, v. II** anzumelden.

Das jetzige Verbandsbureau ist für Unterstützung erhebende, oder sonstige fremde Kollegen am besten zu erreichen, wenn man fährt mit der Stadtbahn bis Station Jannowitzbrücke, von da über die Brücke durch die Brückenstraße und in Verlängerung derselben durch die Neanderstraße bis zur Annenstraße geht, links in die Annenstraße einbiegt und über den Kaiser Franz Grenadierplatz, an der Michaelskirche vorbei zum Gewerkschaftshaus **Engelshof 15, 2 Treppen, Zimmer Nr. 13 und 14** sich bemüht.

### Aus unserm Berufe.

— In **Gotha** (Porzellanfabrik Pfeffer) haben am 17. d. M. alle organisierten Arbeiter der Fabrik (135) gekündigt, weil ihnen ein ganz bedeutender Lohnabzug zugemutet wurde. Sie haben nun bei der Gelegenheit diverse Forderungen aufgestellt. Der Verdienst stellt sich, so wird mitgeteilt, bei den Gießern auf durchschnittlich 20 Mark, bei den Malern auf nicht ganz 18 Mark die Woche; die Lebensverhältnisse sind in Gotha, besonders auch bezüglich Wohnungsverhältnissen, durchaus keine billigen und werden die Gotha'er Kollegen, die sich dementsprechend gegen eine weitere Herabdrückung ihrer Existenzbedingungen wehren, gewiß die Sympathie bei allen Kollegen finden. Die Firma scheint es mit dem alten Rezept zu versuchen, Arbeitswillige aus den Reihen der Unorganisierten herbeizuschaffen; ein Inserat in der bekannten „Vorzeitung“ stellt Arbeitern, die nicht dem Berliner Verbandsangehörigen, dauernde und lohnende Beschäftigung in Aussicht.

Es stehen Verhandlungen mit der Firma seitens des Vorstandes in Aussicht, unter allen Umständen ist es aber notwendig, daß in den Kreisen der Porzellanarbeiter auf die Differenz hingewiesen und daß alles getan wird, um jedweden Zug nach dieser Firma fernzuhalten. Hoffen wir, daß dadurch, als auch durch eventuelle Unterhandlungen es gelingen wird, noch vor Ablauf der Kündigung eine Verständigung zu Stande kommt.

Nach, an den Vorstand in letzter Stunde eingegangenem Telegramm, ist die Differenz bei der Firma **Pfeffer in Gotha** erledigt. In nächster Nummer werden wir berichten können, in welcher Weise dieselbe erledigt wurde.

— In **Wernberg** werden die Arbeiter aller Wahrscheinlichkeit nach in den Ausstand treten, es ist deshalb die über diese Fabrik verhängte Sperre auf das genaueste zu beachten.

— **Bala-Chronfeld**, bei der Firma **Th. Schüller, St. Joseph Institut in Bala**,

haben die Polychromeure die Arbeit niedergelegt. Näherer Bericht folgt.

— Von **Sargstädt** (Firma **Madera**) wird mitgeteilt, daß sich die dortige Situation nicht geändert habe. Zwei der Ausständigen seien zur Vernehmung vor das hiesige Amtsgericht geladen, warum, wisse man nicht.

— Von der Firma **Abicht u. Co. in Ilmenau** erhalten wir folgende Zuschrift, der wir unverkürzt Raum geben. Die Genossen in Ilmenau werden jedenfalls nicht versäumen, darauf entsprechend Bezug zu nehmen. Eine Erklärung des Formers **Rudolf Sell**, woraus hervorgehen soll, daß derselbe mit seinem Verdienste dort gut auskommt, sendet die Firma ebenfalls ein, jedoch gehört dieselbe nicht zur Berichtigung und drucken wir diese nicht mit ab.

An die Redaktion der „Ameise“, Organ des Verbandes der Porzellan- und verw. Arbeiter Berlin.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie hiermit, den in Nr. 32 Ihres Blattes vom 10. August d. J. enthaltenen Artikel über die in meiner Fabrik bestehenden Verhältnisse in der nächsten Nummer zu berichtigen, wie folgt: Es ist nicht wahr

1. Daß ich je oder gar mehrfach versucht hätte, Maler vom Verbands abwendig zu machen und daß mir dieses teilweise gelungen wäre.
2. Daß ich einem Arbeiter gegenüber geäußert hätte, ich würde ihm eine Gratifikation zahlen, wenn er vom Verbands abginge.
3. Daß ich die Äußerung: „Abziehen will ich Euch, aber nicht zulegen“, wenn sie wirklich, indeß nicht in dieser Form, gefallen sein sollte, in der Absicht gethan hätte, die bestehenden Löhne zu kürzen.
4. Daß der höchste Verdienst meiner Forme 21 Mk. pro Woche betrage;
5. Daß mir 43 Mk. Verdienst auf 14 Tage je zu hoch erschienen wäre und
6. Daß ich deshalb den betreffenden Artikel einem anderen Arbeiter gegeben und diesem dafür 10 Pf. weniger gezahlt hätte.
7. Daß ich die Preise ohne Befragen der Arbeiter festlegte, vielmehr geschieht dies regelmäßig erst nach vorher versuchter Verständigung.
8. Daß der mit Hilfe des Herrn **Schindler** unternommene Versuch einer neuen Arbeitsverteilung dem Bestreben entsprungen wäre, dadurch die Verhältnisse der Arbeiter noch mehr niederzudrücken, vielmehr ist dies gerade in der gegentheiligen Absicht einer Vervollkommnung der Fabrikation und daraus sich ergebenden Besserung der Lohnverhältnisse geschehen.
9. Daß es bei dieser neuen Arbeitseinteilung je vorgekommen wäre, daß Arbeiter tagelang mit  $\frac{3}{4}$  Zentner schweren Formen hätten herumganhren müssen.
10. Daß Herr **Schindler** nicht sehr viel leiste, vielmehr bin ich mit dessen Leistungen durchaus zufrieden.
11. Daß kürzlich 3 Arbeiter durch Entlassung „gemäßregelt“ worden wären, vielmehr sind nur 2 Arbeiter entlassen worden und ist diese Entlassung einmal und in erster Linie mit Rücksicht auf den augenblicklichen schlechten Geschäftsgang, dann aber auch die weniger befriedigenden Leistungen der betreffenden Arbeiter erfolgt.

Einschreiben!

Hochachtung

Ferd. Stabe,

Inhaber der Firma **Abicht u. Co.** Ilmenau, den 14. August 1900.

— **Schramberg**, Achtung! Porzellanarbeiter. Da die hiesigen Arbeit-

und Verhältnisse, besonders bei den Drehern, so schlecht sind, daß kein Fremder hier auskommen kann, so halten wir es für unsere Pflicht, wie früher, die fremden Kollegen zu warnen, hier in Arbeit zu treten. Es waren schon eine Menge fremder Kollegen hier, die unsere Warnung verstehen werden; auch die Kostgeber von den durchgegangenen Kollegen, die nicht so viel hatten, daß sie ihre Schulden begleichen konnten. Das ganze Aufstreuen und die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten, insbesondere des Herrn Direktor **Dr. Lindhorst**, ist ein außergewöhnliches. Letzterer denkt nur an das eigene Ich und hält seine Arbeiter möglichst schmal. Seit  $1\frac{1}{2}$  Jahren schon müssen bei den Drehern Ueberstunden gemacht werden; die gewöhnliche Arbeitszeit ist Morgens von 7 bis 12 Uhr, Nachmittags von  $1\frac{1}{2}$  bis 6 Uhr, bei den Drehern natürlich bis 7 Uhr, wahrscheinlich deswegen, damit dieselben noch zu einem Lohne kommen, welcher zum kümmerlichen Auskommen langt oder die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen, da die besten gelernter Dreher sich entweder in der Uhrenfabrik oder sonst eine Anstellung suchen, um etwas mehr zu verdienen; andere dagegen wurden wegen Privatfachen außerhalb der Fabrik auf Grund von Altweibergespräch, in Folge Denunzierung durch Beamte und so weiter, entlassen. Einen kleinen Ausgleich kann die Direktion noch mit Bäcker, Schuster und Tagelöhnern machen, die auf die Dreherei gesetzt werden und wird von diesen die Waare in jedem Zustande angenommen.

Vor kurzer Zeit wurden 3 Dreher wegen der Ueberstunden vorstellig, der Herr Direktor aber sagte: „Ich habe keine Zeit.“ Andern Tags äußerte der Herr Direktor **Dr. Lindhorst**: „Ich habe es schon ein Duzendmal gesagt, drei Mann nehme ich nicht an, es soll einer allein kommen“ (obchon in der Fabrikordnung steht, daß drei Personen als Kommission zugelassen sind.) Weiter, jedenfalls als Schreckchuz, sagte er: „Leute, Ihr versteht das nicht, es ist doch besser eine Stunde länger arbeiten, als einen Tag aussetzen wie in den Uhrenfabriken, diese stehen die nächste Woche still, so habe ich gehört.“ Von dem geringen Lohne, welchen die Dreher erhalten, wird ihnen noch Reizgeld abgezogen; sie müssen aber selbst noch unter ihren Scheiben vorsetzen, dasselbe ist sehr gesundheitsgefährlich, da Sonnabend schon von  $\frac{1}{2}$  Uhr bis  $\frac{1}{6}$  Uhr gestäubt wird, so muß der Dreher eine ganze Stunde im dichten Staube stehen. Druß, welchen man gar nicht zu sehen bekommt, wird abgezogen. Bei neuen Artikeln wird der Arbeiter nur zum Scheine gefragt, wieviel man verlangt, die Preise werden aber gleich um 20—25 pCt. reduziert. Wird deshalb jemand vorstellig beim Herrn Direktor, so heißt es gleich „Ihr habt kein Werkzeug und seid viel zu langsam, das macht man so und so, und wenns Euch nicht paßt, so scheert Euch zum Ruck“. Die alten Artikel wurden schon früher vom Direktor aufs äußerste reduziert. Die Aufhebung von der Dreherei möchten wir dem Herrn Fabrikinspektor zur näheren Einsicht empfehlen sowie auch das **Trinkwasser**, welches man innerhalb der Fabrik nicht genießen kann, dieses muß man außerhalb der Fabrik holen, welches besonders im Sommer oft zwei Stunden lang dauert. Von den vielen andern Uebelständen wollen wir diesmal Abstand nehmen. Wir wundern uns, daß die weltberühmte Firma **Billeroy u. Bod** sich so wenig um die Uebelstände der verlassenen **Schramberger Fabrik** kümmert, da sie doch schon schriftliche Kenntnisse davon erhalten hat. Wir empfehlen den fremden Kollegen, welche auf Reisen sind, einen großen Hagen um **Schramberg** zu

machen, sonst könnten sie vor dem großen Schilde, welches gleich am Eingang hängt, „Unterstützung wird nicht gewährt“ und vor dem strammen Thorhüter erschrecken, eventuell wären sie gleich von vornherein gezwungen, die Wohlfahrtsrichtungen von Herrn Doktor Blindhorst in Anspruch zu nehmen.

— **Blankenhain.** Betreffs der Streitigkeiten, welche jetzt wiederum unser Organ ausfüllen, fühle ich mich als Delegirter der „unzufriedenen“ Generalversammlung ebenfalls veranlaßt, den Genossen einiges zu erwidern. Es wird soviel daran genörgelt, daß sich die Mehrzahl der Delegirten angemäßt haben, für die Gewährung von 10 Mk. „Wäschegehalt“ zu stimmen und hat dies unter den Genossen Entrüstung hervorgerufen; die Delegirten haben dadurch ein Mißtrauensvotum erhalten, welches meiner Meinung nach nur bei den Porzellanern vorkommen kann, denn bei den andern Gewerkschaften wäre eine solche Nörgerei ganz unmöglich. Trotzdem ich gegen den Antrag gestimmt habe, bin ich doch der Ansicht, daß von 10 Mk. Diäten nicht viel übrig blieb. Bezüglich Essen etc. ist ja schon divers geschrieben worden, da will ich nicht wieder darauf eingehen, aber man muß doch bedenken, daß, wenn man als Delegirter geht, zieht man doch den besten Anzug an und hat man denselben 8—9 Tage auf dem Leibe, zumal auf der Bahn, da wird nicht viel mehr daran zu sehen sein vom „neuen“, der Anzug ist dann der reinste Waschlappen geworden; auch sollte man bedenken, daß jeder Delegirte seine Existenz aufs Spiel setzt und man sollte nicht mit solchen Nörgereien hinterdreinkommen. Hätte der Antrag eine andere Motivierung bekommen, so würde sich wohl niemand darüber geäußert haben, aber Unzufriedene giebt es immer.

Wurde mir doch erklärt, daß man in Berlin für 30—40 Pfg. Mittagessen und für 10 Pfg. Kaffee erhält, das ist aber auch alles danach; Abends hätten die Delegirten wohl aus ihrer eigenen Tasche leben sollen, abgesehen davon, daß man sich auch etwas ansehen will; ich meine, es hätte nur vorher gesagt werden müssen, ehe wir nach Berlin gingen, da hätten wir uns schließlich im Asyl für Obdachlose einquartiert und gegessen. In der Suppenanstalt, da wären wir freilich billiger weggekommen. Zukünftige Delegirte werden sich in Acht nehmen, daß sie nicht brandmarkt werden; es müßten eben die „unzufriedenen“ geschickt werden, wo weiß, wie dann die Beschlüsse ausfallen. Wenn die Genossen darauf bestehen, daß die 10 Mk. zurückgezahlt werden sollen, so glaube ich nicht fehl zu gehen, daß die Delegirten mit mir übereinstimmen und die ganzen Diäten wieder zurückzahlen, indem doch Viele mit den Generalversammlungsbeschlüssen nicht zufrieden sind. Zur nächsten Generalversammlung müßten die Delegirten-Mandate submissionsweise vergeben werden, wer es am billigsten macht, kann hinmachen, vielleicht giebt es dann welche darunter, die mit zwei bis drei Mark Diäten täglich, noch Ersparnisse machen.

— **Indolstadt-Volksheld.** Es sind nunmehr sieben Wochen ins Land gegangen, seitdem sich unsere Vertreter in Berlin versammelten, um über eine Angelegenheit zu Gericht zu sitzen, die in den Annalen unserer Bewegung einen unverwischbaren Fleck für alle Zeit bilden wird. Man sollte nun meinen, daß nach dieser geronnenen Zeit die Erbitterung, die diese leidige Angelegenheit unter den Verhandlungsmitgliedern hervorgerufen hatte, von der Bildfläche verschwunden wäre. Dies ist leider nicht der Fall und man kann

wohl ruhig annehmen, daß die überlange Dauer der Generalversammlung, resp. die Geldsumme, die zur Erledigung dieser „Affaire“ erforderlich war, den Grund bildet, der die aufgeregten Gemüther, die sich durch die geringfügigsten Ursachen, wie ich weiter unten eine solche erwähnen werden, immer wieder neu aufregen, immer noch nicht zur Ruhe kommen läßt. Und es ist in der That erapörend, daß solch einer Lappalie wegen eine so verhältnismäßig kolossale Summe vergeudet wurde, die einen Theil des sauer verdienten Lohnes unserer Mitglieder bildet. Dies Alles hätte bei etwas mehr Nachgiebigkeit und gegenseitiger Hochachtung und Rücksichtnahme unserer Beamten unter einander vermieden werden können. Anstatt dessen mußten die Mitglieder die unangenehme Erfahrung machen, daß unsere Beamten, die stets Einigkeit und festes Zusammenschließen ihren Mitgliedern predigten, nicht im Stande waren, die Einigkeit in ihrem engen Kreise aufrecht zu erhalten. Und ob dieselben diese Fähigkeit für die Zukunft besitzen werden? Wir wollen's hoffen.<sup>1)</sup> Die Erbitterung besteht also noch und es sieht aus, wie wenn dieselben noch im Steigen begriffen wäre. Man nehme nur die „Ameise“ zur Hand und man wird finden, daß diese Annahme richtig ist. Ueberall Aufregung darüber, daß sich unsere Delegirten eine Nachbewilligung von 10 Mark in Form von Wäsche- und Kleidergeldern gestatteten. Wenn man es mit den Bestrebungen unserer Organisation ernst meint, berühren diese Versammlungsberichte ganz eigenthümlich, da sie klar erkennen lassen, daß in der letzten Zeit in den Zahlstellen eine fast nutzlose Thätigkeit entfaltet wird, die unserer Organisation weit mehr zum Schaden als zum Nutzen gereicht und auch der Raum der „Ameise“ besser verwendet werden könnte. Hier muß man sich unwillkürlich fragen: Haben denn unsere Vertreter einschließlich dieser 10 Mark wirklich zuviel bekommen? Ich meine nicht. Und wenn sich auch wirklich einige von ihnen einige Mark verübrigt haben und damit ihren Kindern bei der Heimkehr aus der Millionenstadt eine kleine Freude bereiteten, so mag das sein; auf Idealen ist noch nie eine Welt erbaut worden und wir wollen bekanntlich die Besten sein, Genossen, die unser Vertrauen dazu berufen hat, auf irgend einem Orte unsere Interessen zu vertreten, in einer Weise zu entschädigen, die uns nicht zur Ehre reichen würde. Von diesen Gesichtspunkten aus, meine ich, ist es wohl praktischer, wenn in den Zahlstellen von der Rückzahlung dieser 10 Mark resp. einer diesbezüglichen Mitgliederabstimmung Abstand genommen wird. Es kommt ferner noch hinzu, daß in der That nur die Familien der Delegirten, die ihren Haushaltsetat um diesen Betrag kürzen müßten, darunter zu leiden haben würden und das vereinbart sich mit unseren Bestrebungen auch nicht gut. Was jedoch an dieser Nachbewilligung streng zu tadeln ist, das ist die Form, in der dieselbe erfolgte. Es ist geradezu lächerlich, um nicht einen anderen Ausdruck

Anmerkung des Redakteurs<sup>2)</sup>. Der Gen. S. vertritt Eingang seines Artikels die Meinung, daß die durch die „leidige Angelegenheit“ hervorgerufene Erbitterung nun von der Bildfläche zu verschwinden hätte, gibt aber durch seine weiteren Ausführungen über den Mangel von „Nachgiebigkeit, Hochachtung, Rücksichtnahme“ der Verhandlungsbeamten unter einander (den vorstehenden S. nimmt er doch jedenfalls aus) neuen Stoff zur Erbitterung gegen dieselben, weil er die Fähigkeit derselben, Einigkeit für die Zukunft untereinander aufrecht zu erhalten, bezweifelt. Eine Strafmaßnahme zu all den Versammlungsberichten über die 10 und 6 Mark-Diätenfrage wollte ich mir vorläufig ersparen, bemerke aber nur kurz, daß S. mit seinen diesbezüglichen Ausführungen einen Standpunkt einnimmt, der zu unterschreiben ist.

zu gebrauchen, daß sich Arbeitervertreter für irgend einen Ausfall in der Form von Wäsche- und Kleidergeld schadlos halten, doch ich will nicht weiter auf die Sache eingehen. Lassen sie uns in den Zahlstellen wieder eine Thätigkeit aufnehmen, die unserer Organisation wirklich zum Nutzen gereicht. Wenn man bedenkt, daß die in letzter Zeit auftauchenden Krisen, Veranlassung zu der Annahme bilden, daß wir in absehbarer Zeit mit größeren Lohnkämpfen rechnen müßten, denn je, so muß man angesichts der gegenwärtigen Stimmung unserer Mitglieder der Zukunft mit Bangen entgegensehen. Wir müssen gerade jetzt unser Hauptaugenmerk darauf richten, alle indifferenten Porzellanarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen, wenn es auch schwer halten wird nach dem in letzter Zeit Borgelassenem, agitatorisch bei den uns noch fernstehenden Erfolge zu erzielen. Darum Genossen: Frisch auf zu erfolgreicher Arbeit!

Zum Schluß will ich noch eine Angelegenheit streifen, die ebenfalls wieder geeignet ist, unter den Mitgliedern Kergerniß zu erregen. Es ist dies die Notiz, betr. das Ableben des früheren Verhandlungsaffirers J. Bey in Nr. 32 der „Ameise“. Es schreibt da der Genosse Zahn unter Bezugnahme auf den letzten Willen, der sich, nebenbei bemerkt, nur auf sein Leichenbegängniß bezieht<sup>2)</sup>, ungefähr folgendes: „Die Genossen werden es demnach verstehen, daß unsererseits der Wille des Verstorbenen geachtet und keine weitere Bemerkung zu diesem Todesfälle gemacht wurde.“ Im Gegentheil, die Mehrzahl unserer Mitglieder wird es eben nicht verstehen und begreifen können. Wenn man die Vorkommnisse der letzten Zeit in Betracht zieht, kann man recht wohl zu anderen Schlüssen kommen. Man mag denken und urtheilen wie man will, über die eine Thatsache wird man nicht hinwegkommen, daß der Verstorbene diejenige Person war, die sich bis jetzt die größten Verdienste um unsere Organisation erworben hat. Es wird doch im Bericht der Generalversammlung in Nr. 28 der „Ameise“ selbst geschrieben: „daß es in erster Linie Bey war, der die Organisation förderte, ohne den man sich Jahre lang die Organisation gar nicht denken konnte.“ Wenn sich also in diesem Falle unser Hauptvorstand zu einem ehrenden Nachrufe oder einer Biographie herbeigelassen hätte, so würde das entschieden einen besseren Eindruck gemacht haben, als dieses pietätlose Verhalten in Nr. 32 der „Ameise“. Der Hauptvorstand darf sich durchaus nicht wundern, wenn sich den Mitgliedern erneut der Gedanke aufdrängt, daß in dem soeben auf der Generalversammlung mit so gewaltigen Kosten geschlichteten Streitfall Bey-Hauptvorstand, der letztere der schuldigere Theil war.

I. F. Sr.

### Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands** findet in Mainz statt und nimmt seinen Anfang am Montag, den 17. September. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Konstituierung des Parteitags. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

<sup>2)</sup> Das sind Ansichtssachen. Ich fasse das eben anders auf und soweit ich B. kennen gelernt habe, würde er sich einen Nachruf aus meiner Feder verbeten haben; mir genügt, bei seinen Lebzeiten (in Nr. 28 der „Ameise“) seine Verdienste um die Organisation, ohne Rücksicht auf seine unbegründeten Ansprüche geltend zu machen; ich habe weder „Kritik“ noch heuchlerischen Charakter genug, um angesichts der ganzen Situation meinen persönlichen Empfindungen Gewalt anzuthun. Was der Vorstand thut oder nicht thut, dafür bin ich nicht verantwortlich. J.

2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Bericht-erstatte: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure. Bericht-erstatte: G. Meißner.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Bericht-erstatte: P. Singer.
5. Die Organisation der Partei. Bericht-erstatte: J. Auer.
6. Masseler. Bericht-erstatte: Th. Wegner.
7. Die Weltpolitik.
8. Die Verkehrs- und Handelspolitik. Bericht-erstatte: A. Calwer.
9. Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen. Referent: A. Nebel.
10. Anträge zum Programm.
11. Sonstige Anträge.

— Dem „**Kronacher Tageblatt**“, welches behauptet, „die Kirche arbeitet unermüßlich auf Besserung der arbeitenden Klasse“ sei folgende, dem „**Zimmerer**“ entnommene Notiz freundlichst gewidmet:

„Wie der Papst auf Lohnforderungen antwortet. Im Vatikan sind die Kardinäle mit ihren Löhnen wohl zufrieden, dagegen bildet die schlecht bezahlte Schweizergarde das unruhige Element. Diese undankbaren Schweizer wollen das Glück nicht einsehen und würdigen, dem Papst dienen zu dürfen, und verlangen für ihre Dienste einen Lohn. Sie verlangen sogar so viel, um davon leben zu können. Vor längerer Zeit schon berichteten wir, daß sie dem Vatikan ihre Lohnforderungen bekanntgegeben haben. Nun hat der Vatikan bereits geantwortet: der Schweizer, der die Lohnforderungen überreicht hatte — er that es so nur in einer unterthänigen Petition um Soldderhöhung — wurde sofort als „**Räbelsführer**“ entlassen, Andere erhielten schwere Arreststrafen. Ueberdies wird den Schweizern mit der Heranziehung von Streikbrechern gedroht. Es verlautet nämlich, daß der Papst, wenn die Unzufriedenheit andauert, das ganze Schweizerkorps aufheben und an dessen Stelle eine aus Bürgern seines Heimathsortes gebildete Wache setzen werde. Man sieht, man versteht im Vatikan schnellig vorzugehen. Unter dem Regime des „**Arbeiterpapstes**“ weiß man eben, wie man Arbeiter zu behandeln hat.“

— Zur **Hamburger Werftarbeiterausperrung**. Diese Ausperrung gibt einmal wieder eine treffende Illustration dazu, in welcher Weise das Unternehmertum seine Macht gebraucht. Die Verbandsmitglieder, welche Tagesblätter lesen, werden schon genügend orientirt über diese Ausperrung sein, immerhin dürfte eine Zusammenstellung der Vorgänge, wie sie ein nicht sozialdemokratisches Blatt, die „**Soziale Praxis**“ bringt, am Plage sein:

Der Arbeitskampf auf den Werften in Hamburg, der Ende Juni mit einem gerinafügigen Streik der Mieter auf der Reiherrstieg-Werft begann und dann Mitte Juli zur Ausperrung mehrerer Tausende von Eisenarbeitern führte, greift noch immer weiter um sich. Fast jeder Tag bringt Meldungen von neuen Arbeitsniederlegungen und Ausperrungen. Von den Eisenarbeitern ist fast Niemand mehr thätig; nur die Holzarbeiter sind noch beschäftigt. Die vereinigten Werftbesitzer haben gedroht, die Werften ganz zu schließen. Unter ihnen steht der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona. Eine außerordentliche Verschärfung der Situation in der Werftarbeiterbewegung ist dadurch eingetreten, daß ein „**Erlaß**“ dieses Verbandes die ihm angehörige Stauervereinigung aufzählt die ausgesperrten Werftarbeiter während der Dauer der herrschenden Differenzen in keiner Art im Hafensbetrieb zu beschäftigen. Ebenso erfahren Ausgesperrte, die sich nach auswärts um Arbeit gewendet haben, dort

schroffe Zurückweisung, ein solcher Fall wird z. B. aus Mannheim gemeldet. Versuche zu friedlichen Unterhandlungen sind bis jetzt gescheitert, da die Arbeiter, von denen sie ausgehen, zu ihren Vertretern auch „**dritte Personen**“ gewählt haben, der Verband der Eisenindustriellen aber, zu dem auch die Werftbesitzer gehören, beschlossen hat, wegen der Beilegung des Streites nur mit den eigenen Arbeitern, nicht aber mit „**dritten Personen**“ zu verhandeln, also weder eine Organisation der Arbeiter noch eine Lohnkommission anzuerkennen. Von einem Eingreifen des Gewerbegerichtes als Einigungsamt oder eines Schiedsgerichts ist nach den schlimmen Erfahrungen bei dem großen Hafenarbeiterstreik 1896/97, wo die Arbeitgeber jedes Eingehen auf solche Vorschläge ablehnten, gar keine Rede.

Dieser Arbeitskampf hat eine weit über die örtliche Bedeutung hinausgehende Bedeutung durch zwei Momente erlangt. Mit Bezug auf ihn hat bekanntlich der Kaiser in Bremerhaven die Hamburger Werftarbeiter wegen Mangels an Patriotismus in der Stunde der Gefahr der Ehrlosigkeit geziehen. Gegen diesen schwersten Vorwurf protestiren die Arbeiter mit größter Entschiedenheit: Nicht ihre Schuld sei es, so sagen sie, daß die Transportschiffe für China nicht auf den Hamburger Werften ausgerüstet werden konnten, sondern die Schuld liege bei den Werftbesitzern. Denn der kleine Mieterstreik (120 Mann) habe Ende Juni, also vor der schlimmen Wendung in China begonnen; um die Streikenden aber zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, hätten dann die Werftbesitzer unter Führung von Blohm u. Voß erst am 14. und 21. Juli — also zu einer Zeit, wo die Ausrüstungsarbeiten der Transportschiffe drängten — 3000 Metallarbeiter ausgesperrt. In einem großen Theil der bürgerlichen Presse wird diese Darstellung der Arbeiter als richtig anerkannt und lebhaft beklagt, daß der Kaiser danach auf irrtliche Informationen hin die schwersten Vorwürfe gegen die Arbeiter erhoben habe. Eine Kundgebung des Reichstagsabgeordneten Rosfick in diesem Sinne hat nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bis in nationalliberale Kreise hinein Zustimmung gefunden:

„**Mir liegt**“ — so schrieb Herr Rosfick an das „**Berl. Tageblatt**“ — „in meiner Eigenschaft als Arbeitgeber nur daran, zu zeigen, daß man auch in diesen Kreisen es auf's Höchste beklagt, wenn durch unrichtige Darstellung der Verhältnisse der Kaiser zu einer den Thatsachen nicht entsprechenden Auffassung wirtschaftlicher Kämpfe veranlaßt wird. Gegenüber den Gefahren, die uns im Ausland drohen, erscheint es mir um so notwendiger, im Innern zusammenzuhalten, zum mindesten aber eine Verschärfung bestehender Gegensätze zu vermeiden. Auch dem Kaiser ist, wie wir aus seinem eigenen Munde wissen, und wie dies ja auch die Auszeichnung jener 15 Arbeiter in Bremerhaven von Neuem zeigt, daran gelegen, den Arbeitern zu beweisen, daß sie nicht mit anderem Maß als die Arbeitgeber gemessen werden. Deshalb muß man im Interesse des Vaterlandes, zu dessen Verteidigung ja gerade die Arbeiter das Hauptkontingent zu stellen haben, verlangen, daß Disjenigen zur Rechenschaft gezogen werden, welche den Kaiser über die obwaltenden Verhältnisse gerade so unrichtig informirt haben, wie dies im Jahre 1897 in Bielefeld der Fall gewesen ist.“

Demgegenüber veröffentlicht der Hamburger Arbeitgeber-Verband durch seinen Generalsekretär eine Erklärung, wonach Arbeiter, die weder am Streik noch an der Ausperrung betheiligte waren, sondern ihre Arbeit an

anderen, im Bau und in Reparatur befindlichen Schiffen willig verrichteten, die Arbeit niedergelegt haben, als sie beauftragt wurden, an der Fertigstellung der für China bestimmten Dampfer mitzuwirken.“ Die Antwort des Hamburger „**Echo**“ hierauf lautet: „**Weshalb haben denn die Schlosser und Schmiede die Arbeit auf den Chinaschiffen verweigert? Und die Antwort muß dann lauten: Weil es nicht ihre Aufgabe war, die Arbeit auszuführen, welche in Folge der Aussperrung liegen geblieben war! Hätte die Firma Blohm u. Voß ihre Arbeiter nicht ausgesperrt, dann wäre es keinem Schlosser und Schmied eingefallen, die Arbeit auf den Chinaschiffen zu verweigern. Die Ursache der Stockung der Arbeit auf den Chinaschiffen ist und bleibt also die Aussperrung!**“

Der ganze höchst beklagenswerthe Arbeitskampf hätte weder diesen Umfang noch diese Schärfe angenommen, wenn nicht die in Hamburg leider vielfach vorhandenen Mißstände dazu getrieben hätten. Auf Seiten der Arbeiter eine Verbitterung und ein Mißtrauen, das selbst durch harte Erfahrungen früherer Jahre nicht gerechtfertigt ist. Auf Seite der Arbeitgeber ein Perrendezuwachsen und eine Nichtachtung der Gleichberechtigung der Arbeiter, wie sie mit dem modernen Arbeitsvertrag völlig unvereinbar sind. Ob die Lohnforderung der Mieter auf der einen Werft gerechtfertigt war, vermögen wir nicht zu entscheiden; jedenfalls haben die Unternehmer es sich weit mehr kosten lassen, als sie sich „**Arbeitswillige**“ von Auswärts verschrieben. Unter allen Umständen aber war die Aussperrung mehrerer Tausende von ganz unbetheiligten Schlossern und Schmieden auf anderen Werften eine Maßnahme, die mit dem Mieterstreik in keinem begründeten Zusammenhang stand, zumal in einer Zeit der Ueberfüllung mit Aufträgen und der drängenden Aufgaben für die Chinaschiffe. Macht man den Arbeitern zum Vorwurf, daß sie aus Solidarität mit den ausgesperrten Kameraden die China-Arbeit verweigerten, so richtet sich der Vorwurf gegen die Werftbesitzer im selben Maße; denn sie haben „**aus Solidarität**“ zuerst gewaltsam Arbeitermangel geschaffen.

Jetzt ist der Karren so gründlich zerfahren, daß nur die rohe Kraftprobe entscheiden kann, wenn nicht in letzter Stunde auf beiden Seiten die bessere Einsicht siegt und es doch zu Verhandlungen der Parteien kommt. Fordert der Arbeitgeberverband, die Organisation der Unternehmer, in solchem Falle aber das Recht der Verhandlung, so muß es auch der Organisation der Arbeiter zugestanden werden. Der ganze Vorgang ist ein neuer zwingender Beweis dafür, daß die Beilegung von Arbeitskämpfen nicht mehr dem Belieben der Parteien überlassen werden darf, sondern daß das öffentliche Interesse hier das Eingreifen einer geordneten Rechtsinstanz dringend erheischt. Ein solches Forum wird mit der Errichtung von obligatorischen Einigungs- und Schiedsämtern gegeben, wie sie die Reichstagskommission fast einstimmig beschlossen hat. Es ist überaus bezeichnend, daß zwei Blätter von so verschiedener Parteirichtung wie die freisinnige „**Wolff. Ztg.**“ und der konservative „**Reichsbote**“ in dieser Forderung übereinstimmen. Wenn die Reichsregierung den Ereignissen in Hamburg die gleiche Mahnung entnimmt, so wird der schlimme Kampf doch wenigstens eine gute Folge haben.

— **Für die Frauen**. Weibliche Vertrauenspersonen für die Gewerbeaufsicht in Sachsen. Nach einem Beschluß des Ministeriums des Innern sind in Sachsen vom 1. Juli an weibliche Vertrauenspersonen der Gewerbeaufsicht bestellt worden. Den Vertrauenspersonen

soll es obliegen, Beschwerden, welche die Arbeiterinnen dem männlichen Aufsichtsbeamten nicht anvertrauen mögen, entgegenzunehmen und den Kreisshauptmannschaften zu übermitteln. Wie groß die Zahl der ernannten Vertrauenspersonen ist, in welchen Bezirken sie wirken sollen, wer sie sind, und welche Bürgschaften sie für verständige und pflichteifrige Erfüllung der übertragenen Aufgaben aufweisen: darüber fehlen jegliche Anhaltspunkte. Nicht einmal die bürgerlichen Blätter, welche die Neuerung meldeten, wissen über diese sehr wichtigen Fragen etwas zu berichten, geschweige denn, daß die zuständigen Amtsstellen geruht hätten, die Arbeiterpresse genau zu informieren. Und doch wäre diese Information von sehr wesentlicher Bedeutung dafür, daß die Arbeiterinnen, die an der Einrichtung das stärkste Interesse haben, rasch über dieselbe unterrichtet würden und sich ihrer bedienen könnten. Die Anstellung weiblicher Vertrauenspersonen ist das einzige Konzessionsstück, zu dem sich die sächsische Regierung an die Forderung der Arbeiterinnen verstanden hat, Frauen zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen. Die „Soziale Praxis“ irrt sich, wenn sie in Nr. 39 annimmt, daß im letzten sächsischen Etat Mittel bewilligt worden wären, um versuchsweise zwei weibliche Hilfskräfte der Fabrikinspektion anzustellen, und daß also neben den weiblichen Vertrauenspersonen noch Assistentinnen der Gewerbeaufsicht funktionieren würden. Durchaus unbegründet ist mithin auch ihre wohlwollende Vermuthung, auf Seiten der Regierung „scheine die Absicht vorzuliegen, auf Grund von Erfahrungen zu ermitteln, welcher Weg am besten zum Ziele führt — die Heranziehung weiblicher Beamter oder Vertrauenspersonen“. Wer das Wesen und die Thaten der sächsischen Regierung kennt, der weiß, daß sie bis jetzt ebenso ängstlich als erfolgreich auch den leisesten Schein gemieden hat, als liege ihrerseits je die Absicht vor, zu Gunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter auch nur die bescheidenste Reform durchzuführen. Unterdrückungsmassregeln und abermals Unterdrückungsmassregeln, aber nicht Reformen, das ist es, was sie dem Proletariat noch jeder Zeit geholt hat. Es heißt deshalb wirklich den Gipfel jener vernebelten weltfremden Phantastik erklimmen, in welcher die Berlescherei athmet und lebt, wenn man der sächsischen Regierung die Absicht ansabulirt, sie wolle auf dem Weg der Erfahrung erproben, welche Maßregel am geeignetsten sei, die Interessen der Arbeiterinnen zu wahren. Wie denn liegen die Dinge? Im Frühjahr 1899 erklärte allerdings der sächsische Bevollmächtigte im Reichstage, offenbar in einem Anfälle vorzeitiger Scham, seine Regierung sei der Frage der Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten „näher getreten“. Daß dieses „Nähertreten“ aber kaum ein Viertelschrittchen nach vorwärts bedeutete, lehrte der Etat. In diesen wurden ganze 2000 Mark eingestellt für „die Honorirung weiblicher Vertrauenspersonen, welche bestimmt sind, Beschwerden und Mittheilungen von Arbeiterinnen entgegen zu nehmen, welche sich scheuen, mit den Beamten der Gewerbeinspektion unmittelbar ins Benehmen zu treten“. Es ist also gar keine Rede von der Anstellung fest besoldeter Hilfsbeamtinnen mit bestimmten Machtbefugnissen zur Kontrolle der Betriebe, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind; mit bestimmt vorgeschriebenem Pflichtkreis, die Wahrung der Gesetze und der Rechte der Arbeiterinnen betreffend. Das Unzulängliche wird obendrein noch so ungenügend als möglich gethan. Für die Honorirung der Vertrauenspersonen sind 2000 Mark ausgeworfen, und in Sachsen giebt es 18 Fabrikinspektionsbezirke, denen im letzten Jahre 168 833

Arbeiterinnen unterstellt waren. Auf den einzelnen Inspektionsbezirk entfällt durchschnittlich eine Aufwendung von rund 154 Mark, um eine bessere Durchführung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu Gunsten der Arbeiterinnen zu gewährleisten. Dazu kommt noch Eins. Die aufzustellenden weiblichen Vertrauenspersonen sollen nicht einmal mit der Gewerbeaufsicht in Verbindung stehen, sondern mit der Kreisshauptmannschaft. Man mag die Neuerung drehen und wenden wie man will, sie erweist sich als eine grobe Karrikatur auf die Thätigkeit weiblicher Fabrikinspektoren und Hilfsbeamten. Vertrauenspersonen der Arbeiterinnen aufzustellen ist nicht Sache der Regierung oder der städtischen Behörden — in Chemnitz soll der Rath beschloffen haben, eine ihm geeignet dünkende Frau für den Posten in Vorschlag zu bringen —, sondern lediglich Sache der Arbeiterinnen selbst und ihrer berufenen und bewährten wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaft. Pflicht der sächsischen Regierung ist es dagegen, weibliche Gewerbeaufsichtsbeamten anzustellen, denen bestimmte Verpflichtungen obliegen und bestimmte Vollmachten dem Unternehmertum gegenüber eignen. Was ihres Amtes nicht ist, da sollte die Regierung ihren Vorwitz lassen und dafür thun, was das Amt heischt. — Ueber die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten in der Schweiz haben sich kürzlich die schweizerischen Fabrikinspektoren in einem Gutachten an den Bundesrath geäußert. Es heißt darin, daß die Mithilfe der Frauen bei der Inspektion unter Umständen erwünscht und nothwendig sei. Die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung werde mit der Zeit die Heranziehung der Frauen zur Fabrikinspektion nothwendig machen, zumal dann, wenn Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie ausgedehnt würden. Das Gutachten bedeutet einen Fortschritt in der Auffassung der Fabrikinspektoren über die strittige Frage. Noch im vorigen Jahre hatten sie sich in einem Gutachten gegen die Berufsthätigkeit der Frau auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht erklärt. In der Presse waren sie ob dieses ihres Standpunkts als „Böps“ scharf kritisiert worden. In dem kürzlich erschienenen Bericht der schweizerischen Fabrikinspektion für die Jahre 1898 und 1899 sucht der Fabrikinspektor Herr Kauschenbach diese Kritik zurückzuweisen. Was er zur Rechtfertigung des früheren Gutachtens der Fabrikinspektoren sagt, scheint uns wenig beweiskräftig. Herr Kauschenbach ist übrigens kein grundsätzlicher Gegner der Heranziehung von Frauen zur Gewerbeaufsicht. Er befürwortet die Anstellung kantonaler Aufsichtsbeamtinnen. Wenn die Frau aber geeignet ist, den Pflichten der kantonalen Gewerbeaufsicht zu genügen, weshalb soll sie da außer Stande sein, die Aufgaben der eidgenössischen Fabrikinspektion zu erfüllen?

**Die Lage des Arbeitsmarktes.** Die Ausichten für die Gestaltung des Arbeitsmarktes werden zusehends trüber. Aus den Bezirken der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wird ein starkes Nachlassen des Beschäftigungsgrades gemeldet. Während die großen Werke noch gut beschäftigt bleiben, leiden die mittleren und kleinen thätlich Noth um Arbeit, und es zeigt sich keine Aussicht, daß diese Verhältnisse sich bessern könnten. Die Läger fallen sich in bedenklicher Weise und es bleibt schließlich nur ein Mittel: mögliche Betriebsbeschränkung. Gleich ungünstig liegen nach den Berichten der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ die Verhältnisse im Bau- und Textilgewerbe, in der Leder- und auch einem Theil der Cementindustrie. Wenn trotzdem die Ungunst auf dem Arbeitsmarkt selbst im Monat Juli sich im Vergleich zum Vormonat nicht noch wesentlich verschlechtert hat, so liegt das daran, daß die Landwirtschaft jetzt zahlreiche

Arbeitskräfte absorbt und das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht anschwellen läßt. Immerhin drücken die Ziffern der Arbeitsnachweise und Krankentassen die vorhandene Ungunst deutlich aus. Während an den Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, auf 100 offene Stellen im Juli vorigen Jahres 100,5 Arbeitsuchende kamen, sind es in diesem Juli 111,2. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat abgenommen. Denn während im Juli v. J. nach den Mitgliederlisten der Krankentassen die Zahl der Beschäftigten nur um 0,4 pCt. abgenommen hat, ist sie im Juli d. J. um 1,4 pCt. zurückgegangen.

### Versammlungsberichte etc.

**Bonn-Doppelsdorf.** In Anbetracht des flauen Geschäftsganges sah sich die Zahlstellen-Verwaltung veranlaßt, eine außerordentliche Zahlstellen-Versammlung zum 1. August anzuberäumen, da die Kündigungen, die bei der Firma Wessel erfolgten, auch Verwaltungsmitglieder betraf und, soweit man übersehen kann, keine Maßregelung vorliegt. Es machte sich die Wahl eines Vorsitzenden, sowie Kassiers nothwendig. Die Versammlung war den Verhältnissen angemessen ziemlich gut besucht; es machte sich bemerkbar, daß Furcht vor Kündigung einzelne Mitglieder abhielt, in die Versammlung zu kommen; das ist hier nichts Neues, der Mitglieder sind der Arbeiterzahl entsprechend sehr wenige. Eine ziemlich Anzahl von Mitgliedern traf die Kündigung, doch fragte das Geschäft nicht danach, ob es Verbandsmitglieder sind oder nicht, denn es wurden auch Nichtverbandsmitglieder gekündigt. Immerhin sagte sich Mancher, vielleicht wäre es besser von der Organisation fernzubleiben, es ist möglich, daß ich dadurch doch sitzen bleibe. So kam es, daß sich verschiedene Kollegen, wenn man sie noch so nennen darf, um ihre Interessen, sowie Pflichten nicht mehr kümmerten und sich einfach mit Hinterlassung von Resten streichen ließen. Wenn man unsere Bewegung genau verfolgt, so muß man sich sagen, daß es noch manche schwere Arbeit und manchen schweren Kampf kosten wird, ehe wir hier eine feste und kräftige Organisation haben, da nur ein kleiner Theil der Arbeiterschaft die Erkenntniß hat, daß sie sich nur durch eine gute und kräftige Organisation ihre jetzige Existenz halten und verbessern können. Darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes und eine Mahnung an diejenigen, die der Organisation fernstehen, aufzuwachen und in Gemeinsamkeit für unsere Interessen zu arbeiten. — Die Versammlung wurde um 9 Uhr eröffnet. Der Kassier gab seinen Kassenbericht zur Zufriedenheit der Mitglieder, die Revisoren berichteten ebenfalls über pünktliche Kassenführung, worauf die Mitglieder dem Kassier durch Erheben von den Sihen ihren Dank aussprachen. Die Wahl eines Vorsitzenden fiel auf den Genossen Müller und die als Kassier auf Gen. Glas. Zu Punkt Verschiedenes kam auch die Angelegenheit von der Extravergütung von 10 Mk. an die Delegirten zur Sprache, sämtliche Mitglieder erklärten sich damit nicht einverstanden. Schriftführer Sacher beschwert sich bei der Verwaltung, daß Berichte an die Redaktion eingeklagt werden, in denen Auszüge aus dem Protokoll enthalten sind und worüber er nicht verständigt worden sei, es wird demzufolge eine Resolution angenommen, die dahin geht, daß des weiteren nur Berichte, die sich auf internes beziehen, nur unter Zustimmung der gesamten Verwaltung geschehen kann und in besonderen Fällen, wo es sich um Sachen handelt, die die Verwaltung allein nicht verantworten kann, die Zahlstellenverwaltung zu befragen ist. Ferner werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß Beiträge in den Versammlungen sowie an jedem Lohntage, wie früher im Vereinslokal, entgegengenommen werden. Die Versammlungen finden am 15. eines jeden Monats statt, fällt der 15. auf einen Sonntag, so wird die Versammlung am 14. abgehalten.

**Anmerkung.** Für die Zukunft ist solchen Berichten aber eine Unterschrift beizufügen, sonst kann trotz der großen Vorsicht, daß ohne Wissen des Schriftführers nicht veröffentlicht wird, auch solcher offizieller Bericht nicht Aufnahme finden.

Die Redaktion.

**Eisenberg.** Die Zahlstellen-Versammlung vom 1. August wurde nach 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet und folgende Tages-Ordnung festgelegt: 1. Geschäftliches; 2. Anträge und Beschwerden; 3. Kassieren und Bibliothek. Beim 1. Punkt theilt der Vorsitzende der Versammlung das Ableben unseres alten Parteigenossen Wilhelm Liebknecht, sowie des früheren Verbandskassiers J. Bey mit, und wird das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sihen geehrt. Weiter lagen 2 Anmeldungen vor, und wurden die Betreffenden einstimmig aufgenommen. Darauf kam die Angelegenheit der Arbeitslosen am Pfingsten Ort zur Sprache. Der Vorsitzende bringt zunächst die Korrespondenz des Verbandschriftführers Genossen Schneider zur Kenntniß der Mitglieder. Sämmtliche Red. v. in dieser Sache waren sich darin einig, daß es nicht richtig war vom Genossen Schneider, die hiesigen Arbeitslosen nach Mitteldeutsch zu beordern, und wurde das Verhalten der

hiesigen Verwaltung in diesem Falle von der Verant-  
wortung einstimmig gutgeheissen. Nachdem der Vorsitzende  
den Mitgliedern eine Einladung des Arbeiter-Bildungs-  
vereins zu dem am 12. August stattfindenden Sommer-  
feste bekannt gegeben hatte, folgte der Bericht des Kartell-  
delegierten. Der betreffende Delegierte erstattete einen  
ausführlichen Bericht über die letzten Sitzungen, und  
wurde ein Antrag des Gewerkschaftskartells, wonach  
ein jedes Mitglied pro Quartal an Beitrag 5 Pfennig  
mehr zahlen soll, einstimmig angenommen. Bei Punkt 2:  
„Anträge und Beschwerden“, wurde zunächst darüber ge-  
klagt, daß die Forderungen der Reineck'schen Dreher  
nur auf dem Papier ständen; die meisten Dreher dieser  
Fabrik würden sich gar nicht mehr darum kümmern,  
ob ihre unterschrieben bewilligten Forderungen auch  
durchgeführt werden. Der Vorsitzende meint, daß diese  
Angelegenheit nicht in die Verbandsversammlung gehört.  
Wenn die K. schen Dreher nicht den Muth hätten, ihre  
bewilligten Forderungen hoch zu halten, die Versamm-  
lung auch keine Verpflichtung habe, ihre Klagen an-  
zuhören. Es möchten die Dreher erst einmal unter sich  
zusammenkommen und dafür eintreten, daß Herr Reineck  
seinen durch Unterschrift übernommenen Verpflichtungen  
nachkommt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird des-  
halb über diesen Punkt zur Tages-Ordnung übergegangen.  
Weiter wurde dann der Antrag gestellt, den ausgesteuerten  
kranken Mitgliedern eine kleine Unterstützung zukommen  
zu lassen. Ein diesbezüglicher zweiter Antrag, wonach  
ein Zirkular unter den Mitgliedern für die betreffenden  
Kranken herum gehen soll, wurde von der Versammlung  
angenommen. Dann wurde eine Beschwerde über ein  
Verbandsmitglied, welcher 14 Tage zuvor, ehe die  
Dreher wieder bei Reineck angefangen hatten, das-  
selbst um Arbeit nachgefragt hatte. Dieses werfe  
sicher kein gutes Licht auf die Organisation. Auch der  
Vorsitzende ist der Meinung, meint aber, es wäre doch  
noch trauriger, daß die Dreher nicht einmal darauf  
achteten, daß ihre Forderungen strikte durchgeführt  
werden. Da müsse die Firma Reineck freilich ein  
sonderbares Bild von unserer Organisation bekommen.  
Es folgt dann Punkt 3: „Kassiren und Bibliothek“. Nach-  
dem dieser Punkt erledigt ist, wurde die Versamm-  
lung geschlossen.

**Fürstberg (Weser).** Da die Diätenfrage der  
Delegirten, sowie der Bureaubeamten immer mehr zu  
Schreibereien Veranlassung giebt, so wird sich mancher  
Genosse resp. Genossin sagen, es muß doch bald auf-  
gehört, der Raum der „Ameise“ muß zu anderen Zwecken  
benutzt werden; wodurch kann die Sache abgethan  
werden? Wenn man nun die Berichte der Zahlstellen  
verfolgt, so muß sich ein Jeder sagen, die meisten Zahl-  
stellen sind mit der Extrabewilligung von 10 Mark  
für die Delegirten nicht einverstanden, um nun diesen  
Beweis zu bringen, sind wir der Ansicht, daß eine  
Mitglieder-Abstimmung unbedingt erfolgen muß. Da  
wird es sich zeigen, haben die Delegirten diesen Beschluß  
zu Recht, d. h. im Interesse der Organisation gefaßt  
oder nicht, wir glauben wohl mit den meisten Genossen  
sagen zu können, daß es wohl besser gewesen wäre,  
wenn die Delegirten die Extrabewilligungen überhaupt  
unterlassen und sich mit ihren Diäten begnügt hätten,  
da doch bis jetzt in der ganzen Porzellanbranche eine  
Erhöhung der Arbeitslöhne nicht aufzuweisen ist, sondern  
gerade das Gegentheil sich konstatiren läßt. Wir denken  
vielmehr, daß die früheren Delegirten, welche 1892 im  
Hotel Pirsch logirten, dieselben Ausgaben, vielleicht noch  
mehrere hatten, wie 1900 im Gewerkschaftshause. Die  
Delegirten, welche ihre Gründe in der „Ameise“ dar-  
legen, müssen doch selber sagen, wenn sie offen sein  
wollen, die Sache ist doch etwas anders. Wenn z. B.  
diese General-Versammlung länger, wie voraus gesehen,  
gedauert hat, so mußten die Delegirten sich doch sagen,  
es kostet der Allgemeinheit doch so wie so Geld genug  
wegen einer winzigen Sache und mit 10 Mark kann  
man im Gewerkschaftshause auskommen, und wenn  
weiter nichts besonderes unternommen wird, kann auch  
die Entschädigung, die der Familie gehört, mit nach-  
Haufe gebracht werden, dann hätte ein Interesse kon-  
statirt werden können. Ein Delegirter schreibt, wenn  
die 10 Mark zurückgezahlt werden, müßten diese aus  
der Familie herausgepreßt werden. Wie steht es hier  
mit den Delegirten, die dagegen gestimmt haben, oder  
wie wäre es gewesen, wenn die 10 Mark abgelehnt  
worden wären? die Familien würden dann doch so  
schlecht nicht stehen, wie es gemacht wird. Unser Dele-  
girter hat uns berichtet, daß dieser Antrag nur mit  
schwacher Majorität angenommen sei (nach dem Protokoll  
gegen 5 Stimmen. D. Red.) War die Minorität aus  
Deuten zusammengesetzt, die die bewilligten 10 Mark  
nicht nötig hatten oder hatten diese mehr das Interesse  
der Organisation im Auge? im Ausfall und Halsbinde  
waren diese jedenfalls auch nicht erschienen, weshalb ist  
überhaupt namentliche Abstimmung über diesen Punkt  
abgelehnt worden? und weshalb wurde von vielen  
Delegirten der Bericht über diesen Punkt vergessen?  
Welche würde die Sache in vielen Versammlungen  
Staub aufgewirbelt haben und den Namen der dafür  
stimmenden Delegirten dürfte Niemand erfahren. Darum,  
Genossen und Genossinnen, der Antrag auf Mitglieder-  
Abstimmung ist bereits gestellt, tritt mit Ueberzeugung  
an diese heran, damit dadurch die Sache ihren Abschluß  
findet. Wenn auch die Kosten einer Abstimmung von

manchem erwähnt werden, so muß dem entgegengehalten  
werden, wenn 500 Mark so leicht bewilligt werden, so  
kann eine Mitglieder-Abstimmung, wo man die Ueber-  
zeugung der ganzen Mitglieder erfährt, auch den Stahl  
nicht fett machen. Hat nun für spätere Fälle ein Genosse  
die Aufgabe, als Delegirter zu erscheinen und glaubt  
mit 10 Mark nicht auskommen zu können, legne er  
ruhig ab, es giebt zur Zeit Genossen, welche gern ihre  
Interessen in der Dienst der Organisation stellen und  
das Wort „Gegenagitation“, wie es ein Genosse gebraucht,  
dürfte auch hier nicht am Platze sein; wenn derselbe  
behauptet, alles glatt erledigt zu haben, wollen wir  
denselben weiter nicht bemerken, als: einer gewissen  
Bedürfnislosigkeit in diesem Sinne würde auch selbst  
Dassalle nicht zugestimmt haben.

**Böppelsdorf.** In Anbetracht, daß nach Schau-  
berg und Teitau jedwede Bekleidungsgegenstände und der  
Weg von Böppelsdorf bis dorthin ein ziemlich weiter ist,  
so berief der Delegirte für diesen Bezirk, Gen. Wätner,  
die Schauburger und Teitauer Genossen am Sonntag,  
den 19. August Nachmittags 3 Uhr nach Judenbach, um  
dieselbst den Bericht von der Generalversammlung zu  
geben. Von den zwei Zahlstellen sind aber nur die  
Schauburger erschienen, während die Teitauer, welche am  
lautesten in der „Ameise“ nach dem Bericht verlangten,  
auch schon im Voraus dokumentiren, daß sie für Rück-  
zahlung der 10 Mk. „Wäschegeld“ seien, es nicht ein-  
mal für nötig hielten, eine Antwort zu geben, ob sie  
erscheinen oder nicht. Trotz lebhafter Diskussion verließ  
die Versammlung in schöner Harmonie und gelangte  
folgende Resolution am Schlusse zur einstimmigen An-  
nahme:

„Die heute in Judenbach tagende Versammlung  
nahm den Bericht des Delegirten Wätner von der  
Generalversammlung entgegen und war mit dessen Aus-  
führungen ganz einverstanden, jedoch wird die Abwesen-  
heit der Zahlstelle Teitau sehr kritisiert, da dieselbe in der  
„Ameise“ nach dem Bericht sehr verlangt hat“. Die  
Sonne war schon längst am Firmament verschwunden,  
als man nach Abingen einiger Arbeiterlieder und unter  
dem Wunsche, bald wieder eine solche Zusammenkunft zu  
haben, sich trennte und beide Theile in entgegengesetzter  
Richtung ihren Heimweg antraten.

**Langewiesen.** Mit unserem in Nr. 29 der  
„Ameise“ erschienenen Versammlungsbericht nebst Re-  
solation glaubten wir uns im guten Recht, für die  
Interessen des Verbandes einzutreten; handelt es sich doch  
bei dem fraglichen Objekt um das wochenweise zusamen-  
gepartete Geld aller Verbandsmitglieder. Daß wir mit  
unserer Resolution nicht allein dastehen würden, waren  
wir im voraus überzeugt, nur wenig Zahlstellen be-  
weisen eine entgegengesetzte Ansicht. Besonders macht  
Herr Taumann aus Wunsiedel in einem längeren  
Artikel seinem Herzen Luft. Herr Taumann nennt  
unsere Resolution eine Hecke, die hauptsächlich aus solchen  
Zahlstellen hervorging, die in ihrer wirtschaftlichen Lage  
anderen weit zurückständen, wir sind der festen Ueber-  
zeugung, daß die Verhältnisse bei uns eben so rosig  
sind wie in Wunsiedel, was die uns an die Hand ge-  
gebenen Statistiken zur Genüge beweisen. Wir richten  
deshalb an alle Verbandsmitglieder die Frage, welcher  
von uns kann allwöchentlich 10 Mk. für seine Person  
beanspruchen für Wäsche, Kleider etc., wo bleibt die Frau  
mit denselben Ansprüchen, die Kinder, sowie der Lebens-  
unterhalt für alle Familienangehörigen oder handelt es  
sich hier nur um die Gelegenheit, wo was zu haben  
ist? Muß hier nicht bei uns allen, hauptsächlich bei den  
Durchfallkandidaten, der Schluß aufstachen, daß Eigen-  
nuz anstatt Humanitätsgefühl vorgeherrscht haben muß.  
Auch sind wir überzeugt, daß die Herren Delegirten  
ihren Bedarf an Wäscheartikeln nicht auf Jahre hinaus  
gedeckt haben werden, auch Herr Taumann nicht, daß  
nunmehr die in Berlin nothwendig gewordenen Kleidungs-  
stücke für sie werthlos geworden sind, auch sind wir  
ferner der Ansicht, daß bei 10 Mk. Diäten pro Tag in-  
klusive Sonntag sowie freier Hin- und Rückfahrt unsere  
Delegirten ohne Zwergsack und einen Latz Brod nach  
Berlin reisen können. Zu bewundern ist ferner, daß  
gerade in der letzten Generalversammlung ein derartiger  
Antrag angenommen wurde, wo im Gegensatz zu den  
früheren Generalversammlungen die Delegirten im Ge-  
werkschaftshaus weit billiger logirt haben. In Nr. 33  
der „Ameise“ werden die sich dagegen sträubenden Mit-  
glieder als Rörgler bezeichnet, auch diesen Vorwurf  
nehmen wir mit der Hoffnung hin, daß sie mit uns  
sympathisirenden Zahlstellen durch die hoffentlich baldigst  
stattfindende Mitglieder-Abstimmung die gebührende An-  
wort darauf geben werden.

Von verschiedenen Delegirten wurde der Wäsche-  
antrag als von der Generalversammlung für ungefaßt  
bezeichnet, unseres Erachtens nach könnte eben keine andere  
Bezeichnung gewählt werden, um nur zur Noth begründet  
werden zu können; wären die sich anscheinend nötig  
gewordenen Mehrausgaben nicht mit 3 oder 4 Mark zu  
decken gewesen, müßte der Betrag so kurzer Hand nach  
oben abgerundet werden? Wir wollen trotzdem noch  
human sein und unsern Antrag so formuliren, daß der  
Betrag in einigen Raten zurückgezahlt werden kann.  
Wir halten unfererseits die Angelegenheit hiermit  
für abgethan, (Prans d. Red.) die voraussichtliche Mit-  
abstimmung soll das letzte Wort im Interesse der All-

gemeinheit, im Interesse unserer Porzellanarbeiterver-  
bandes sprechen.

**Rehan.** Die letzte Zahlstellen-Versammlung be-  
schäftigte sich mit dem Antrag Langewiesen in Nr. 29  
der „Ameise“ und gelangte selbstger auch hier zur An-  
nahme.

**Wollu.** Sie erachtet in dem Beschluß der  
Generalversammlung, in welchem den Delegirten 10 Mk.  
Entschädigung für Abnützung der Wäsche und Kleider  
zugelprochen werden, eine unbilligliche Anrechnung  
unserer Verbandsgehälter, um so mehr, da von anderer  
Seite immer betont wird, daß der Verband nicht als  
mehrerer Auf zu betrachten sei. Sie erachtet 10 Mk.  
Diäten als auskömmlich für einen Delegirten.

**Wollu.** In der am 1. August abgehaltenen  
Zahlstellen-Versammlung wurde, ehe in die Tages-  
Ordnung eingetreten wurde, unsere vorerwähnten Genossen  
Julius Bey und Wilhelm Dieckrecht abgedacht und  
durch Erheben von den Plätzen in üblicher Weise gebr.  
Dann wurde über den Antrag Langewiesen ver-  
handelt und nach längerer Debatte, in welcher bebauert  
wird, daß unser Delegirter, Herr Wätner, und in  
seinem Bericht von diesem Punkte keine Mittheilung  
gemacht hat, angenommen. Es wurde auch ein Antrag  
angenommen, daß ebenfalls die Verbandsmitglieder die  
6 Mark Diäten pro Tag zurückzuschicken haben, weil  
dieselben die General-Versammlung heraufbeschworen  
haben. In Bezug auf den Artikel Taumann-Wunsiedel  
ist die Versammlung der Ansicht, daß die Delegirten  
mit 10 Mark pro Tag in Berlin bei einzigem guten  
Willen wohl auskommen und die Bezüge Zwergsack  
und Bedürfnislosigkeit sind hier wohl nicht recht am  
Platze. Es trägt ferner Besremden, daß der Vorstand  
(soll wohl heißen „die Redaktion“ D. R.) in kurzen  
Worten über den Tod des Genossen Bey hinweggeht,  
welcher doch fast ein Menschenalter unserer Organisation  
treu gedient hat. Die Versammlung fragt sich, ist das  
der Lohn für so lange Thätigkeit? Die Versammlung  
erwartet bestimmt, daß unserem vorerwähnten Genossen  
Julius Bey ein seinem Verdienst um unsere Organi-  
sation entsprechender Nachruf gewidmet wird.

**Sirschenreuth.** In der Versammlung vom  
8. August kam es bei Punkt 3 „Verständens“ zu einer  
längeren Debatte, betreffs der 10 Mark Extrazuschuß  
für die Delegirten, und wurde folgende Resolution von  
20 anwesenden Mitgliedern gegen 1 Stimme angenommen:  
„Die heute in Carl's Saal tagende Zahlstellen-Ver-  
sammlung spricht ihr Bedauern aus, daß es von den  
Delegirten auf der General-Versammlung zu diesem  
Beschluß kam, 10 Mark Extrazuschuß für Wäsche zu  
erlangen. Die Versammlung war der Ansicht, wenn  
mit 10 Mark Diäten pro Tag wirklich nicht gut aus-  
zukommen war, wäre es besser gewesen, die Diäten um  
etwas zu erhöhen, als eine Entschädigung für Wäsche  
zu verlangen, wenn sich einige Delegirten auf die lange  
Dauer der General-Versammlung nicht genügend vor-  
gesehen hatten und sich Einiges anschaffen mußten, so  
werden sie doch wohl die Sachen nach der Versammlung  
nicht weg? Die Zahlstelle beantragt, daß die 10 Mark  
Extrazuschuß von den Delegirten und die besonde-  
ren 6 Mark Diäten pro Tag der besoldeten Verbands-  
Beamten wieder an die Hauptkasse abzuliefern sind, und  
daß der betreffende Delegirte, der den Antrag bezüglich  
„Wäschegeld“ gestellt hat, nicht wieder als Delegirter  
gewählt werden soll.“

**Suhl.** In der letzten Versammlung wurde fol-  
gende Resolution angenommen: „Die heutige Zahl-  
stellen-Versammlung erhebt Protest gegen die 10 Mark  
Wäschegehälter, sowie die 6 Mark Tagesgehälter der hono-  
rirten Beamten und ersucht sämtliche Zahlstellen hierzu  
Stellung zu nehmen.“

**Unterporlich.** Die am 16. August abgehaltene  
Versammlung war von 33 Kollegen besucht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte unser  
Vorsitzender, daß das zusätzliche Dabinscheiden unseres Ge-  
nossen Wilhelm Dieckrecht. Sein Andenken wurde von  
der Versammlung durch Auslesen von den Sigen  
geehrt.

U. A. stand auch der Punkt „Extrabewilligung  
von Diäten zur Generalversammlung“ auf der  
Tagesordnung; über diesen Punkt entspinnt sich eine  
längere erregte Debatte, und wurde beschlossen nachstehende  
Anträge in der „Ameise“ zu veröffentlichen:

Die Zahlstelle Unterporlich beantragt, daß vor der  
Delegirtenwahlen, nebst dem Ort, auch die Höhe der  
Delegirtenkosten pro Tag festgesetzt werden.

Nachbewilligte Ausgaben an Delegirte sind nicht  
zulässig.

Wollu: Damit jeder Delegirte sich bequem ein-  
richten, um solchen Vorlesungen vorzubringen.

Betreffender Antrag soll bei Ausbreitung der  
Delegirtenwahlen veröffentlicht werden. Weiter wurde  
beantragt:

Sämtliche Delegirten haben die nachbewilligten  
10 Mk. zurückzugeben. Der Schamittvorstand hat von den  
nachbewilligten 6 Mark, welches mehr beträgt als seinem  
Gehalt gerechnet, als das eines Delegirten (10 Mk.), eben-  
falls zurückzugeben.

Wollu: Sie hat Recht für die.

**Literarisches.**

Im Verlag von J. S. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen Heft 5 und 6 des Lieferungsverkes: Gesundheitslehre in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Sachgelehrten von Emanuel Buren.

Aus dem Inhalt haben wir hervor: Unsere kleinsten Feinde. — Der Boden und seine Verunreinigung. — Das Wasser. — Die Zusammensetzung der Luft. An Farbentafeln sind den Heften beigegeben: Tafel III Pflanzenkrankheiten und Tafel IV Süßwasserfische.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfennig erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen.

Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

— „In Freien Stunden“ Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pfg. Lieferung 28 und 29 sind soeben erschienen und enthalten die Fortsetzung des prächtigen, kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ von Viktor Hugo (nach seinem „Schwachen Mann“). Ferner die feuilletonistischen Skizzen „Im Rausch“, „Die Struktur“, „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“. Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stütze zu bereiten an Stelle der oft so wertlosen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig ihreurer und schlechter ist als „In Freien Stunden“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von Mark 1,20, Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pfg.-Hefte an. Man versuche es wenigstens mit einem Probe-Monatsheft auf „In Freien Stunden“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnenten sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franco.

— Das Gewerbegericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Stadtrath Dr. Fleck, Frankfurt a. M. Die jetzt in den Verlag von Georg Reimer in Berlin übergegangene und zu einer selbstständigen Monatschrift umgestaltete Zeitschrift enthält in Nr. 11 des 5. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten (Bremen, Kiel, Frankfurt a. M., Steilun, Göttingen), anderen deutschen Gerichten (Oberlandesgericht Dresden) und ausländischen Gewerbegerichten zc. (New York) u. A.: Tagesordnung für die Versammlung des Verbundes deutscher Gewerbegerichte. — Vom neuen Recht (R.G.B.): Annahme, Bezug des Arbeitgeber. Von Abg. A. Stadthagen-Berlin; Unmöglichkeit der Erfüllung des Dienstvertrages. Von Stadtrath W. Cuno, Königsberg i. Pr. — Einigungsämter: Bedeutung der Organisationsvorstände für einigungssamtliche Tätigkeit. — Verbandsangelegenheiten: Beschlüsse Ludwigshafens in Sachsen Verbandsrat, Verbandsorgan zc.

**Stirbttafel.**

Rudolstadt-Volkstedt. August Meißner, Former, geb. 16. November 1846 zu Schaala, gest. 31. Juli 1900 an Herzlähmung. Krankheitsdauer 11 Wochen. Mitglied des Verbandes. Ihre seinem Andenken.

**Adressen-Nachtrag.**

Hohenberg. Schriftführer: Matthäus Reichardt, Cobaltfrier.

Hüttensteinach. Vors.: Ernst Grahmann, Köppelsdorf. Schriftf.: Ernst Martin, Hüttensteinach, beide Maler. Beis.: Marino Berner, Hüttensteinach, August Wicklein, Köppelsdorf. Reviz.: Bernh. Knop, Hüttensteinach, sämtl. Maler.

Bonn-Poppelsdorf. Vors.: Heinrich Bode, Reffenicherstraße 100a. Reviz.: Wilhelm Zimmermann, Girsch-Allee 4.

Rohau. Vors.: Johann Hertel, Fabrikstr. 102, Beis.: Hans Höllich, Graben 181.

**Versammlungskalender.**

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 28. Aug., Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

München. Sonnabend, den 25. August, im Vereinslokal. Wahl eines Schriftführers und Vertrauensmannes.

Berlin II. Sonnabend, den 25. August, Abends. Montag, den 27. August, Verwaltungssitzung.

Blankenhain. Sonnabend, den 1. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Döbeln. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr in der Muldenstraße.

Freienort. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal zu Raschhausen.

Gräfenroda. Sonntag, den 26. August 1900, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Ritter“ in Liebenstein.

Kronach. Sonnabend, den 25. August, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Neuhaus a. G. Sonnabend, den 25. August, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Für die Zukunft alle 14 Tage (Sonnabends 9 Uhr) im Vereinslokal.

Pforzheim. Mittwoch, 29. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Gold. Löwen). Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Probstzella. Sonntag, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr im Weininger Hof.

Suhl. Sonntag, den 2. September, Nachmittags 3 Uhr, in der Dombergs-Anstalt in Suhl. Zugleich werden diejenigen Mitglieder zum letzten Male aufgefordert, ihre der Bibliothek entnommenen Bücher, bis zur nächsten Zahlstellenversammlung abzuliefern, andernfalls sie die Kosten zu deren Neuanschaffung zu tragen haben.

Tambach. Sonnabend, den 8. September, Abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus zur Post.

Tettau. Montag, den 27. August, Abends 6 Uhr. Christiansgrün.

**Anzeigen.**

**Goldschmiedere**

goldhaltige Pappen und Flaschen karst zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stabilm, Thür.

**Goldschmiedere, sowie goldhaltige Pappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.**

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



Altwasser. Sonntag, den 2. September cr., Nachmittags findet ein

**Spaziergang nach Sophienau**

statt, wozu hiermit die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, als auch die Mitglieder der Zahlstellen Waldenburg und Sorgau ersucht werden, sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich zu beteiligen. Abgang von der Brauerei in Altwasser Punkt 12 Uhr. Treffpunkt in Neuhäus. Abgang von Neuhäus spätestens 1 Uhr. Insbesondere werden die weiblichen Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und auch ihre Mitarbeiterinnen zu diesem Spaziergange einzuladen. Für musikalische Unterhaltung in Sophienau ist gesorgt. Die Verwaltung.

Altwasser. Den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle zur Kenntnis, daß ich Beiträge Wochentags Abends von 6—8 Uhr und Sonntags Vormittags von 10 bis 1 Uhr entgegen nehme. Ebenso zahle ich zu dieser Zeit nur noch Unterstützung aus. Da viele Mitglieder aus Nachlässigkeit erst Sonntag Nachmittag Beiträge bezahlen kommen, sehe ich mich zu diesen Maßnahmen veranlaßt, da ich auch mitunter einen freien Sonntag haben will. Paul Schulte, Kassirer, S. Bezel 21b.

Berlin II. Sonntag, den 26. August 1900:

**Fußyarthie**

nach Neu-Mühle bei Königs-Wusterhausen. Treffpunkt bis 10 Uhr Vormittags in Gellman, Königs-Strasse 89 (zur gelben Ecke). Abfahrt vom Gellman Bahnhof 8 Uhr 5 Min.

**Porzellanarbeiter Dresdens!**

Sonnabend, 25. August, Abends 9 Uhr

**Öffentl. Versammlung**

im kleinen Saale des „Trianon“ (Eing. Schützenplatz).

Tagesordnung:

1. Berichterstattung von der Generalversammlung.
2. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen erucht

Der Einberufer.

München. Sonntag, den 26. August 1900: Ausflug der Zahlstelle München in's

**Isarthal.**

Zusammenkunft bei jedem Wetter früh 1/8 Uhr am Isarhallabnhof. Abfahrt 8 Uhr. Die Nymphenburger Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Herren Zahlstellenassistenten werden hiermit erucht, mir den Aufenthalt des Mitgliedes Nr. 22451 (K. Enders) gefl. mitzuteilen. Josef Raab, Kassirer, Darmstadt, Feldbergstr. 15.

**Nachruf!**

Die Mitglieder der Zahlstelle Oberhausen fühlen sich aus Anlaß des Ablebens unseres allverehrten Kollegen und Hauptkassirers

**Julius Bey**

veranlaßt, ihm folgenden Nachruf zu widmen.

Durch seinen ehrenhaften Charakter und seine überaus große gewissenhafte Pflichterfüllung hatte er sich unserer Aller Achtung erworben.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen außer einem lieben Freund und Kollegen einen klugen und erfahrenen Berater unserer Berufsinteressen; auch hatte derselbe allzeit ein aufrichtig mitfühlendes Herz für seine unter Beschwerden und Bedrängnissen kämpfenden Berufsgenossen.

Nach seiner überaus arbeitsreichen Amtstätigkeit hätten wir ihm von Herzen einen noch lange Jahre währenden ruhigen und zufriedenen Lebensabend gewünscht.

Sein Name, sowie seine Verdienste werden in der Geschichte unseres Verbandes und unseres Berufes unauslöschlich sein, und werden wir ihm ein dauerndes Gedenken bewahren.

Die Mitglieder der Zahlstelle Oberhausen.

J. A.: Herm. Kleinwächter.

**Achtung!**

**Das Stiftungsfest**

Das Gewerkschaftskartells Waldenburg findet bestimmt am 26. August im Gasthof zum „Deutschen Kaiser“ in Ober-Hermisdorf statt.

Wir ersuchen die Gewerkschaften, hierzu sofort Stellung zu nehmen, damit die Feler der Bedeutung der organisierten Arbeiterschaft entsprechen wird.

Der Vorstand.

Der Porzellanmaler Albert Mayer aus Rudolstadt wird dringend erucht, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Ersuche die Verwaltungen, welche den Aufenthaltsort des A. Mayer kennen, mir Mitteilung zu machen. Victor Wagner, Hüttensteinach.

**Ein Dreher,**

geübt und erfahren in der Isolatorenbranche, sucht Stellung. Derselbe würde auch eine Stelle als Oberdreher übernehmen können. Off. unter „Isolatoren-dreher“ bitte an die Redaktion der „Ameise“ zu senden.